WIRTSCHAFTS VEREINIGUNG Stahl

Stellungnahme | Stand Mai 2024

Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie - Weiterentwicklung 2024: Transformation gemeinsam gerecht gestalten

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl begrüßt den Beteiligungsprozess zur Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie durch die Bundesregierung. Die vorliegende Dialogfassung bietet die Gelegenheit, auf zentrale Aspekte und Herausforderungen der Stahlindustrie im Kontext der Nachhaltigkeitsziele einzugehen. Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie bildet eine der zentralen Grundlagen für die Zukunftsgestaltung unserer Wirtschaft und Gesellschaft, für die Stahl und dessen Herstellung in Deutschland eine wesentliche Grundlage bildet. Als Wirtschaftsvereinigung Stahl möchten wir einen aktiven Beitrag zu diesem Prozess leisten und unsere Perspektive einbringen, um die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung Deutschlands zu verbessern.

Allgemein
Insgesamt begrüßen wir die Zielsetzungen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, die ökologische, ökonomische und soziale Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung ausgewogen in den Fokus rücken will. Die Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft ist von zentraler Bedeutung und erfordert gemeinsame Anstrengungen aller Akteure. Für die Stahlindustrie ist die Reduktion von CO_2-Emissionen und die Entwicklung hin zu einer klimafreundlichen Produktion entscheidend. Dieser Umbau bedarf politischer Rahmenbedingungen insbesondere in den Bereichen Energiepolitik, Kreislaufwirtschaft, Schadstoffmanagement, nachhaltiges Bauen und Mobilität sowie Finanzpolitik. Hierbei stehen eine ganzheitliche Betrachtung und die Berücksichtigung von Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Politik- und Reglungsbereichen an erster Stelle, um eine nachhaltige Entwicklung langfristig sicherzustellen und negative Effekte auf bereits erreichtes auszuschließen.

Die Strategie identifiziert dazu sowohl verschiedene notwendige Transformationsbereiche als auch Hebel und macht hier konkrete Vorschläge. Diese werden im Nachfolgenden vor allem unter Berücksichtigung der oben genannten Schwerpunkte bewertet und ergänzend kommentiert.

Bewertung der einzelnen Transformationsbereiche

Energiepolitik und Grüne Leitmärkte

Als Transformationsbereich II wird das Thema „Energiepolitik in Klimaschutz“ in Kapitel B behandelt. Die Transformation zu einer klimaneutralen Stahlproduktion ist eine entscheidende Voraussetzung für die Erreichung der nationalen und europäischen Klimaziele. CO_2-armer Stahl bildet zugleich die Werkstoffgrundlage für die Dekarbonisierung aller nachfolgenden Wertschöpfungsketten und ist damit das Fundament einer klimaneutralen Wirtschaft. Für eine erfolgreiche Transformation sind die richtigen politischen Rahmenbedingungen entscheidend. Dazu gehört auch Eine sichere und bezahlbare Versorgung mit klimaschonender Energie und Wasserstoff.

- **Bezahlbare Strompreise**: Wir unterstützen den zutreffenden Befund, dass in Deutschland die Strompreise nach wie vor höher sind als vor 2021. Es ist darauf hinzuweisen, dass die hohen Stromkosten in Deutschland damit im europäischen und internationalen Vergleich einen erheblichen Wettbewerbsnachteil darstellen und hierfür Lösungen gefunden werden müssen. Insbesondere die massiv gestiegenen Netznutzungsentgelte stellen eine Belastung für die Unternehmen dar und

erfordern eine Begrenzung. Generell sollte eine staatliche Beteiligung an den Kosten und Zukunftsinvestitionen für den Ausbau der Stromnetze und anderer Infrastrukturen als Daseinsvorsorge und zentrales Element einer strategischen Standortpolitik verstanden werden.

- **Erneuerbaren Energien ausbauen**: Die in der Strategie dargestellten Weichenstellungen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien sind zu begrüßen. Dieser muss mit dem Ausbau der zugehörigen Netze und Speicher abgestimmt werden. Zudem sollten die Netzkuppelstellen mit dem Ziel eines europaeinheitlichen Strommarkts weiter ausgebaut werden. Wichtig ist, dass die zunehmend volatile Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien vor allem auch durch geeignete Back-Up-Kapazitäten ergänzt werden muss – und dies zu für die Industrie wettbewerbsfähigen Kosten.

- **Carbon Leakage-Schutz sichern**: Positiv ist, dass in der Strategie klar auf die Notwendigkeit eines wirksamen Carbon Leakage-Schutzes gegenüber Ländern außerhalb der EU hingewiesen wird. Es bedarf einer außenhandelspolitischen Absicherung der Transformation; die ebenfalls erwähnten Klimaclubs werden hierzu auf absehbare Zeit keine Lösung bieten. In seiner bisherigen Ausgestaltung weist der CBAM jedoch noch gravierende Defizite auf, die bei der angekündigten Weiterentwicklung behoben werden müssen - etwa durch eine dringend nötige Entlastung bei den Exporten, durch eine Ausweitung des Anwendungsbereichs und die Verhinderung von Umgehungsstrategien.

- **Grünen Leitmärkten fördern**: Um die Transformation von Grundstoffindustrien wie dem Stahl zu flankieren ist die Entwicklung von grünen Leitmärkten ein wesentlicher Baustein. Es ist daher sehr zu begrüßen, dass dieses Ziel auch in der Nachhaltigkeitsstrategie verankert ist und dabei insbesondere die wichtige Bedeutung der öffentlichen Beschaffung hervorgehoben wird. Auch den erwähnten Förderprogramme zur Innovationsförderung wird zu Recht eine wichtige Rolle zugewiesen. Dies gilt insbesondere auch für die Klimaschutzverträge, bei denen aber noch bestehende Hemmnisse beseitigt werden müssen.

Kreislaufwirtschaft

Als Transformationsbereich III wird das Thema „Kreislaufwirtschaft“ in Kapitel B behandelt. Die Wirtschaftsvereinigung Stahl betont die Bedeutung der Kreislaufwirtschaft und die zentrale Rolle, die Stahl dabei spielt. Die Stahlindustrie symbolisiert die Transformation der Grundstoffindustrie hin zu emissionsarmen Produktionsprozessen. Der Werkstoff kann gleichzeitig zur Lösung von Knappheits- und Abhängigkeitsproblemen durch Rohstoffsicherung beitragen und die Wertschöpfung durch neue Technologien und Innovationen fördern.

- **Strategischen Rahmen weiterentwickeln**: Der Entwurf der NKWS (vgl. Z. 4831 ff) ist ein positiver erster Schritt. Probleme beim Stahlschrott hinsichtlich Qualität, Verfügbarkeit und Export sowie die Rolle der Verwerter für eine bessere Trennung werden aufgegriffen. Wesentliche offene Punkte sind jedoch Rezyklat-Einsatzquoten bei funktionierenden Kreisläufen und die Berücksichtigung der Wechselwirkungen zwischen Regelungsbereichen. Siehe auch https://www.stahl-

online.de/wpcontent/uploads/20240709_NKWS-Stellungnahme-fin-WV-Stahl-u.-FEhS.pdf

- **Rohstoffversorgung sichern** (vgl. Z. 4651ff): Die Rohstoffversorgung ist zentral für die nationale Nachhaltigkeitsstrategie. Wir unterstützen die Zielsetzung die Versorgungssicherheit durch Nutzung von Sekundärrohstoffen zu stärken. Die Zusammenhänge zwischen Critical Raw Material Act (CRMA), Transformation und der Bedeutung von Sekundärrohstoffen wie Stahlschrott müssen aber besser berücksichtigt werden. Es bedarf einer schnellen Umsetzung der Prüfpflichten zu Sekundärrohstoffen.

- **Marktbedingungen für Sekundärrohstoffe verbessern & Hebel der öffentlichen Hand ausbauen** (vgl. Z. 4961ff): Die Marktbedingungen für Sekundärrohstoffe müssen verbessert und die Maßnahmen konkretisiert werden. Dies könnte eine bessere Verknüpfung mit Leitmärkten und der öffentlichen Beschaffung erreichen, um eine zirkuläre Wirtschaftsweise anzureizen und Nacharmer zu finden (Vorbildfunktion). Statt zusätzlicher rechtlicher Vorgaben sollten zunächst die vielen bereits heute bestehenden Vorgaben zur nachhaltigen und kreislaufgerechten Beschaffung umgesetzt und ggfs. nur präzisiert werden (Einklagbarkeit Dritter). Das gilt für die Landes- und kommunale Ebene gleichermaßen.

- **Planungssicherheit schaffen**: Die Beurteilung, dass deutsche Unternehmen über die notwendige Innovationskraft verfügen, um eine Vorreiterrolle bei der Transformation zu nachhaltigen Produktionsverfahren und Produkten zu erreichen, ist zwar wünschenswert, aber derzeit nur in Einzelsegmenten realisierbar. Die Politik muss ihre Anstrengungen verstärken, um der Industrie die notwendige Planungssicherheit zu geben und Investitionen in Nachhaltigkeit zu fördern.

- **Neue Geschäftsmodelle fördern**: Zirkuläre Produkte und Geschäftsmodelle sollten sich im Zuge marktwirtschaftlicher Prozesse entwickeln. Hierfür benötigen wir Rahmenbedingungen, wie die EU-Ökodesign-Verordnung und der Digitale Produktpass. Nationale Regelungen müssen mit dem EU-Rechtsrahmen kompatibel und abgestimmt sein, um keine Barrieren im Binnenmarkt zu schaffen.

Chemikalienpolitik

Unter dem Thema „Schadstofffreie Umwelt“ (Kap. B, Transformationsbereich VI) finden sich relevante Aspekte der Chemikalienpolitik wieder. Die Wirtschaftsvereinigung Stahl begrüßt die Bestrebungen der Bundesregierung, eine schadstofffreie Umwelt zu fördern und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu sichern. Besonders in der Stahlindustrie spielen innovative Produktionsprozesse und die Kreislauffähigkeit von Materialien eine entscheidende Rolle. Es ist daher von größter Bedeutung, dass die politischen Rahmenbedingungen sowohl den Schutz der Umwelt als auch die Erfordernisse der Industrie berücksichtigen.

- **Wechselwirkungen verschiedener Regelungsbereiche ganzheitlich berücksichtigen**: Der Bericht betont die Notwendigkeit einer integrierenden Betrachtung verschiedener Regelbereiche. Die Wechselwirkungen zwischen den Zielen und Regelungen für eine zirkuläre Wirtschaft und Gesellschaft einerseits und die der

Stoffpolitik andererseits sowie letztlich auch des Klimaschutzes müssen vollumfänglich berücksichtigt werden. Eine ausgewogene Betrachtung ist entscheidend, da die Bestrebungen „gefährliche“ Stoffe auszuschließen nicht bedingungslos erfolgen dürfen. Es muss immer berücksichtigt werden, welche reale Gefahr von einem betroffenen Stoff ausgeht. Wenn ein Stoff in einer Anwendung oder einem Produkt gefahrlos verwendet werden kann und die Kreislauffähigkeit nicht ernsthaft eingeschränkt ist, besteht keine Notwendigkeit eines Verbots und dadurch Kreisläufe zu gefährden. Stoffverbote zur Ausschleusung gefährlicher Stoffe können sonst funktionierende Recyclingströme schädigen.

- **Einheitlichen Rechtsrahmen setzen**: Durch weltweit sehr unterschiedliche Regelwerke zur Chemikaliensicherheit herrscht ein globales Ungleichgewicht (vgl. Z. 8230ff). Wir plädieren für eine harmonisierte Regulierung auf dem EU-Binnenmarkt, um einen regulatorischen Flickenteppich auf Mitgliedstaatenebene zu vermeiden. In der EU werden Schadstoffe bereits durch eine Vielzahl verschiedener Rechtsakte adressiert. Im Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft beschloss die EU-Kommission 2020 Maßnahmen, um Sekundärrohstoffe (Rezyklate, wie Stahlschrott) sicherer zu machen (vgl. Z. 8003). Wir begrüßen die Herangehensweise, dass die sichere Verwendung gefährlicher Prozesschemikalien weiterhin möglich sein muss, um eine Verlagerung von Prozessen ins Ausland zu verhindern (vgl. Z. 8198 ff). Dies gilt auch für die Weiterverwendung von Stahlschrott, der nicht durch Stoffverbote deponiebedürftig werden darf. Auch hier ist eine Orientierung an der tatsächlichen Gefährdung und nicht nur an der bloßen Existenz eines Stoffes notwendig.

- **Anreizsysteme schaffen**: Es bedarf übergeordneter Anreizsysteme (vgl. Z. 8611) sowie umfassender Lenkungs- und Koordinationsmechanismen über die Stufen der Wertschöpfungskette hinweg. Dies ist notwendig, um eine schadstofffreie Umwelt zu fördern und sicherzustellen, dass Kreisläufe effektiv funktionieren.

Nachhaltiges Bauen

Als sechster Transformationsbereich (Kap. B) wird das Thema Bauen in der Nachhaltigkeitsstrategie betrachtet. Die Wirtschaftsvereinigung Stahl unterstützt die Bestrebungen zu nachhaltigem Bauen. Es besteht eine besondere Notwendigkeit, hier den Umweltfußabdruck zu reduzieren. Die Nachhaltigkeitsstrategie hat dazu wichtige Maßnahmen angestoßen, die wir sehr begrüßen.

- **Kreislaufgerechtes und ressourcenschonendes Bauen fördern:** Der Entwicklung hin zu einer Kreislaufwirtschaft im Handlungsfeld Gebäude kommt vor dem Hintergrund begrenzter Ressourcen, der Klimawirkung der Ressourcenentnahme, der Beeinträchtigung der Umwelt und der Abfallvermeidung eine hohe Bedeutung zu. Dass Planen und Bauen auf die Nutzung kreislauffähiger, schadstoffarmer und möglichst klimafreundlicher Baustoffe, den Einsatz von Sekundärrohstoffen, die Wiederverwendung und das Recycling ausgerichtet werden, spielt hierbei eine zentrale Rolle. Stahl als zentraler Werkstoff in der Bauindustrie trägt wesentlich zu diesen Zielen bei, indem er wiederverwendbar und vollständig recycelbar ist und somit einen bedeutenden Beitrag zur Ressourcenschonung und Abfallvermeidung leistet.

- **Emissionsarme Produkte fördern:** Wir begrüßen die Bestrebungen, dass der Bund seine gesetzliche Vorbildfunktion wahrnimmt und das Ziel der Treibhausgasneutralität 2045 sowie einen umfassenden Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung beim Neu-, Umund Ausbau von Gebäuden und der Schaffung und Instandhaltung der Infrastruktur berücksichtigt. Stahl spielt dabei eine zentrale Rolle, künftig auch mit emissionsarmen Stählen. Nationale Bestrebungen, wie die Einführung des Low Emission Steel Standards LESS, zeigen bereits erhebliche Fortschritte. Dieser Standard, der im Mai 2024 auf der Hannover Messe vorgestellt wurde und aktuell in eine Trägergesellschaft in Brüssel überführt wird, bietet eine solide Grundlage, auf der die Bundesregierung aufbauen kann, um den Ausbau der Märkte für grüne Industrieprodukte zu unterstützen.

Nachhaltige Mobilität

Ebenfalls im sechsten Transformationsbereich (Kap. B) wird das Thema der Mobilität näher betrachtet. Die Bestrebungen zum Ausbau nachhaltiger Mobilität, insbesondere die Erweiterung der Bahninfrastruktur begrüßen wir sehr.

- Bahninfrastruktur ausbauen & Güterverkehr fördern: Grundlage für den Aus- und Neubau des Schienennetzes ist der Bedarfsplan Schiene. Der zielgerichtete Aus- und Neubau des Schienennetzes soll künftig angemessene Kapazitäten für den Schienenpersonen- und Schienengüterverkehr bereitstellen. Dies begrüßen wir ausdrücklich. Ebenso unterstützen wir die Digitalisierung der Schiene.

  Diese erstrebenswerten Maßnahmen stehen derzeit jedoch erheblichen Qualitätsmängeln im Schienengüterverkehr sowie Kapazitätsengpässen im Netz gegenüber. Angesichts der Bedeutung des Güterverkehrs für die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland und für die Klimaneutralität im Verkehr findet dieser Bereich in der Nachhaltigkeitsstrategie insgesamt zu wenig Beachtung. Der Güterverkehr könnte eine zentrale Rolle übernehmen, wenn die vorhandenen Defizite behoben würden. Zudem sollte die Binnenschifffahrt als umweltfreundliches Transportmittel dringend zusätzlich in der Strategie berücksichtigt werden.

Nachhaltige Finanzpolitik

In Kapitel C der Nachhaltigkeitsstrategie werden verschiedene mögliche Hebel diskutiert, unter anderem das Thema Finanzpolitik, auf das wir an dieser Stelle genauer eingehen wollen. Die Wirtschaftsvereinigung Stahl unterstützt die Ziele der Bundesregierung zur Förderung einer nachhaltigen Finanzpolitik mittels einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Die bislang beschriebenen Intentionen für eine nachhaltige Finanzpolitik, insbesondere die eines kohärenten, stabilitäts- und zukunftsorientierten sowie gezielt fördernden Finanzrahmens, sind vielversprechend, müssen aber weiter konkretisiert werden.

- **Konkrete steuerpolitische Maßnahmen umsetzen sowie Vergaberechts reformieren**: Konkrete steuerpolitische Maßnahmen sowie Reform des Vergaberechts können diese Vorhaben wesentlich stärken. Sie unterstützen die ökologische und ökonomische Transformation der Wirtschaft und fördern nachhaltige

Beschaffungspraktiken, welche wiederum grüne Leitmärkte und diese wiederum die Transformation der Wirtschaft unterstützen. Die Integration zielgerichteter steuerpolitischer Maßnahmen und die Reform des Vergaberechts unterstützen die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, indem sie Investitionen in umweltfreundliche Technologien fördern, bürokratische Hürden abbauen und nachhaltige Beschaffungspraktiken etablieren. Dies trägt entscheidend zur Transformation der Wirtschaft bei. Die gezielten Maßnahmen lenken die Wirtschaft in Richtung einer nachhaltigeren und resilienteren Zukunft.

- **Umwelt- und Klimakriterien verpflichtend sowie durchsetzbar gestalten**: Zudem kann eine Nachhaltigkeitsstrategie nur tatsächlich gelingen, wenn Umwelt- und Klimakriterien verpflichtend sowie durchsetzbar in Vergabeverfahren integriert werden. Dies kann mit bundeseinheitlichen und elektronischen Verfahren beschleunigt und verfestigt werden. Eine zumindest vergaberechtliche gesetzliche Verpflichtung zur Nutzung nachhaltig zertifizierter Produkte sollte die Marktakzeptanz erhöhen, unterstützend sollten klare Anforderungen an nachhaltige Produkte und Dienstleistungen definiert werden. Zur Orientierung könnte eine Positivliste mit als nachhaltig eingestuften Produkten oder Grundstoffen unterstützen, welche eine staatliche Kommission, flankiert durch Stakeholder, festlegt. So können Anreize für Investitionen in nachhaltige Produktionsmethoden gesetzt sowie honoriert werden.

- **Fokus auf einheitlichen europäischen Rahmen setzen**: Der Fokus sollte hier jedoch nicht nur auf einem nationalen einheitlichen Vergaberecht liegen, sondern langfristig auf einen europäischen einheitlichen Rahmen, um so die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Ihre Ansprechpartner
Gerhard Endemann | Bereichsleiter Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik
+49 171 374 9891 | gerhard.endemann@wvstahl.de

Roderik Hömann | Leiter Energie- und Klimapolitik
+49 160 9805 8313 | roderik.hoemann@wvstahl.de

WIRTSCHAFTS VEREINIGUNG Stahl

Wirtschaftsvereinigung Stahl
Französische Straße 8
10117 Berlin

+49 30 2325546-0

info@wvstahl.de
www.wvstahl.de

Mitglied im

BDI